UnGlaublich

Die Hochschullandschaft ändert sich so stark wie seit Jahren nicht mehr: Eine immer stärkere Orientierung an unternehmerischen Prinzipien setzt sich aller Orten durch. Einen Überblick zu den Änderungen gibt es auf den

Seiten 1 und 4

UnAusgegoren

Die Exzellenzinitiative mag für die eine oder andere Hochschule einen Geldsegen bedeuten. Für die gesamte Hochschullandschaft und die Studierenden ist sie aber ein Weg in die Sackgasse, so Michael Hartmann.

Seite 2

UnVerschämt

In einigen Ländern sind nun schon länger Studiengebühren eingeführt. Die negativen Auswirkungen sind unübersehbar. Dennoch beschwören BefürworterInnen der Campus-Maut nach wie vor die immensen Vorteile.

Seite 5

UnStudierbar

Die neuen Bachelor- und Masterstudiengänge sollen das Studium einfacher gestalten und mobil machen. Studierende von der HU Berlin haben aufgezeigt, dass das Gegenteil der Fall ist.

Seite 6

UnGleich

In der Hochschule des 21. Jahrhunderts ist Gleichberechtigung kein Problem? Pustekuchen! Ein Blick auf die Uni-Realität verdeutlicht, dass es nach wie vor immense Defizite gibt.

Seite 8

Du bist Goethe-Uni!

u Anfang des Semesters sind Gruppen zu beobachten, die d mit von der KPMG gesponsorten Poloshirts, den neuesten Promo-Tütchen in der einen und Biermix-Getränken in der anderen Hand, der modischen Goethe-Uni-Tasche über der Schulter und in militärischer Art und Weise Beschwörungsparolen schreiend, über den Campus laufen. Ein anderes Mal kann mensch mal wieder nicht in die Mensa am IG Farben-(Nazi-) Campus oder das ohnehin schon überfüllte Seminar ist in einen kleineren Raum verlegt worden. Dort treffen sich bspw. Ehemalige der Goethe-Uni zu einem atemberaubenden Bespaßungsprogramm unter dem Motto "open-air-Sommernachtstraum" mit ihren Kindern am "wohl schönsten Campus des Kontinents", um sich Führungen für 3.- € unter dem Motto "Kunst, Geschichte und Anekdoten" anzutun, Reden von Rudolf Steinberg und Ruth Wagner, umspielt von Barockmusik, einzuverleiben und, wie es an einem solchen Tag nicht anders sein sollte, ordentlich den Bauch vollzuschlagen. Vorgreifend sei hier schon erwähnt, dass Hochschule kein Event und Bildung keine Ware ist, die konsumiert werden kann. Die Entwicklungen an der Uni Frankfurt, aber auch an anderen Hochschulen, beinhalten jedoch genau dieses Verständnis von (Hochschul-) Bildung. Es ist an der Zeit für ein bisschen "Negativ-Identifikation" mit der eigenen Uni zu sorgen. Diese Zeitung soll versuchen, diesen Anspruch in Ansätzen zu erfüllen und Möglichkeiten zur Weiterdesidentifikation zu schaffen.

Was immer wieder gesagt werden muss ...

Bevor es nun ans Eingemachte geht, sind einige Vorbemerkungen notwendig, die den meisten sicher-

Identifikation mit der

eigenen Hochschule,

ob während des

danach, ist groß in

Mode gekommen.

Studiums oder

lich klar sein werden, aber hier dennoch die ein oder andere Zeile in Anspruch nehmen sollen. Als Aufhänger dafür soll die Senatssitzung am Campus Riedberg am 14. Februar

2007 dienen, in

der der Senat der Uni Frankfurt – ohne auch nur eine Ahnung davon zu haben, welche Konsequenzen mit der Umwandlung in eine Stiftungsuniversität verbunden sind – für die

Rechtsformänderung stimmte. Dort schleuderte ein Senatsmitglied den störenden Studis entgegen, dass er noch nie erlebt hätte, dass Studierende sich so reaktionär verhalten und gegen den Fortschritt stellen würden. Es sei hier klar gestellt und mit aller Deutlichkeit gesagt, dass es uns nicht um die Verteidigung eines bisherigen Zustandes gehen soll oder die Wiederherstellung eines früherer Strukturen geht. Niemand will den ProfessorEN Talare anziehen, niemand will langhaarig und mit Blumen im Haar über den Campus tanzen. Die Kritik ist vielmehr an der gegenwärtigen Entwicklung

orientiert, stellt diese in Frage und hat als erstes Ziel deren Negation. Wer jetzt den Zeigefinger erhebt und ermahnend sagt: "Aber meine Lieben, wer kritisiert, muss doch auch wissen. wie

es besser geht!", dem sei gesagt: "Nur in der Negation des existierenden Falschen erweist die Theorie ihre Wahrheit als Praxis." (Manfred Dahlmann, Kritische Theorie am Ende?). Gewiss ist es damit nicht getan, aber zumindest hier soll es als Rahmen für die Bearbeitung der oben umrissenen Thematik dienen.

Autonomie bis zum Untergang

Den Anfang soll die Hochschulautonomie machen. Ohne sie zu erwähnen, kann kaum noch ein Wort über die aktuelle Situation an den deutschen Hochschulen gesagt werden. Autonomie ist das Zauberwort für eine "exzellente" Zukunft der deutschen Hochschulen. Ziel ist es, sich nicht mehr von Vater Staat gängeln zu lassen. Weniger Kontrolle durch Personen wie Udo Corts? Da könnte mensch sich doch freuen, ein kleines Fass aufmachen und sich an die Arbeit machen die Hochschule selbst zu gestalten. Leider aber sieht das mit der Stiftungsuni verbundene Autonomieverständnis nicht vor, alle Mitglieder der Hochschule an der Autonomie teilhaben zu lassen. Statt dessen soll sich nun mit der neuen autonomen oder gar "entfesselten" Hochschule identifiziert werden, die an der Spitze Autokraten mit Allmachtsphantasien sitzen hat. Denn mehr als Identifikation bleibt bei der Umsetzung der Autonomie nicht übrig. Anstatt die "Autonomisierung" mit einer "Demokratisie

rung" zu kombinieren, beschränkt sich erstere auf die Stärkung der beiden obersten Hochschulgremien. Namentlich handelt es sich dabei um das Präsidium und den Hochschulrat. Was in Frankfurt in einem riesigen Paket, auf dem in ganz großen Buchstaben "Stiftungsuniversität" steht, zum 1.Januar 2008 daherkam, findet sich in unterschiedlichen Qualitäten an anderen Hochschulen in ganz Hessen und Deutschland.

Was nichts kostet, ist auch nichts wert!? Rudolf Steinberg, seines Zeichen Oberboss der Uni Frankfurt, er wähnte nebenbei, dass das Projekt der Stiftungsuni gefährdet sei, wenn der hessische Staatsgerichtshof zu der Auffassung käme, die essische Landesverfassung gegen die Einführung allgemeiner Studiengebühren verteidigen zu müssen. Was hat das nun miteinander zu tun? Da Steinberg keine weiteren Ausführungen zu diesem Thema gemacht hat, sind hier wohl eigene Interpretationen notwendig. Die Uni Frankfurt will gerne in einem Atemzug mit Hochschulen wie Yale, Oxford oder Prinston genannt

Fortsetzung auf Seite 4



IG Farben-Campus heute



IG Farben-Campus im Westend zur NS-Zeit



Studieren in Zeiten der Studienreform – Zur Studierbarkeit der neuen Bachelor-Studiengänge

ie Befürworterinnen und Befürworter von Bachelor- und Masterabschlüssen wollen die Qualität der Studiengänge verbessern. Dies soll zum Beispiel im Hinblick auf die Lehrqualität, kürzere und effektivere Studienzeiten, eine bessere Vernetzung mit der späteren Berufspraxis, eine bessere Vergleichbarkeit der Studiengänge national und international, sowie durch eine bessere Betreuungsrelation geschehen. Ob dies gelingt, ob die neuen Studiengänge studierbar sind oder ob die Studienreform zu scheitern droht - mit diesen Fragen haben sich im Jahr 2006 Studierende der Humboldt-Universität zu Berlin (HU) beschäftigt. Entstanden ist eine Umfrage die die Studierbarkeit aller Studiengänge der HU hinterfragt. Die Frage nach der Studierbarkeit der Studiengänge wurde nicht nur in Hinblick auf theoretisch zu erbringende, in den Studienordnungen festgeschriebene Leistungsanforderungen betrachtet, sondern es wurde auch die Lebensrealität der Studierenden berücksichtigt. Mit diesem Ansatz folgte die Projektgruppe Studierbarkeit der Ständigen Kommission der Kultusministerkonferenz (KMK), die 1982 ihren Berechnungen zur Studienzeit die Überlegung zugrunde legte, dass das Studium durch außeruniversitäre, individuelle Belastungen erschwert oder verlängert werden kann und dies Studierenden nicht zum Nachteil werden soll. Im Mai 2007 konnte die Projektgruppe Studierbarkeit ihre repräsentative Studie zur Studierbarkeit an der HU veröffentlichen. In der Studie finden sich auch für alle dargestellten Probleme Lösungsvorschläge. Die Studie. Reaktionen von innerhalb und außerhalb der HU und weitere Informationen finden sich unter www.studierbarkeit.de.

Die Studie

Ist eine Umfrage an der HU dazu geeignet, verallgemeinernde Aussagen über die Studierbarkeit von Bachelor-Studiengängen zu machen oder sollte sie ausschließlich intern zur Verbesserung der Studiensituation genutzt werden? Von dem HU-internen Nutzen der Studie abgesehen hat sie auch das Potenzial, außerhalb der HU Denkanstöße zu geben und Probleme aufzuzeigen, die auch andere Universitäten betreffen. Die HU hat schnell und nahezu flächendeckend bis zum Wintersemester 2004/2005 fast alle Studiengänge auf die neue Studienstruktur umgestellt und sich dabei

fächerspezifischen und inhaltlichen Ausgestaltungen braucht es einen Rahmen, der festlegt, wie hoch die Arbeitsbelastung sein darf und wie lange ein Studium dauern soll. Das Studium wird konzeptionell als Vollzeitbeschäftigung angesehen, dies entspricht 35-40 Arbeitsstunden die Woche. In den neuen Bachelor-Studiengängen wird dies durch den in Studienpunkten (SP) ausgedrückten Arbeitsaufwand definiert. Hier wird der KMK folgend eine Arbeitszeit von 1.800 Stunden pro Jahr als

Seit Beginn des Bolognaprozesses wurden und werden in Deutschland die Studiengänge auf Bachelor- und Masterabschlüsse umgestellt. Diese Umstrukturierung hat weit reichende Auswirkungen auf die Universitäten, die Struktur der Fächer, die Berufsaussichten der Studierenden und auf die Studierbarkeit der Studiengänge insgesamt.

als Vorreiterin bei der Umsetzung des Bolognaprozesses verstanden. Insofern können die Erfahrungen an der HU genutzt werden, um an anderen Universitäten Fehler zu vermeiden und die Schwierigkeiten. die bei größeren Umstellungen entstehen, zu minimieren. Jenseits der Spezifika an der HU ist davon auszugehen, dass einige Mechanismen und deren Wirkung, z.B. die Hürde beim Übergang vom Bachelor zum Master, inflexible Stundenpläne oder Arbeitsüberlastung, auch an anderen Universitäten ähnlich sein werden Gleiches lässt sich für die Lebensumstände von Studierenden annehmen, z.B. wenn das Studium (in weiten Teilen) selbst finanziert werden muss. Vor allem in Städten. die höhere Lebenshaltungskosten als Berlin haben, werden sich solche Faktoren noch stärker auf die Situation im Studium auswirken.

Gefahren der Umstellung Wenn neue Studiengänge konzipiert werden, muss auf vieles geachtet werden. Neben den zulässige Höchstgrenze angesetzt. Diese Höchstgrenze beschloss der Akademische Senat der HU für ihre neuen Studiengänge. Das bedeutet, dass in den neuen Bachelor-Studiengängen die Regelstudienzeit bei 6 Semestern liegt und pro Semester 30 SP erbracht werden müssen. Im Umkehrschluss bedeutet dies: Wem es nicht gelingt 30 SP pro Semester (das entspricht in der alten Rechnung 20 Semesterwochenstunden (SWS)) zu erbringen. kann die Regelstudienzeit nicht einhalten. Schon in der Planung der neuen Studiengänge ist also ein hohes Arbeitspensum angelegt.

Ergebnisse der Studie

An der HU zeigt sich, dass die Arbeitsbelastung in den neuen Studiengängen stark zugenommen hat. Studierende haben höhere SWS zu erbringen als in den alten Studiengängen, damit einher geht eine höhere Anzahl an Arbeitsstunden pro Woche. Diese Tendenz wird durch eine Ungleichverteilung der

Arbeitslast auf die Vorlesungszeit und den Anfang des Studiums weiter verschärft. Es ist davon auszugehen, dass an jeder Universität, die sich die Höchstgrenze der KMK von 1.800 Arbeitsstunden pro Jahr zu Eigen macht, ähnliche Probleme entstehen werden. Auch Schwierigkeiten von Studierenden in Kombi-Studiengängen ihre Fächer gut zu kombinieren, wirken negativ auf die Studierbarkeit in den neuen Studiengängen ein. Zwischen neuen und alten Studien gängen gibt es kaum Unterschiede Die Einführung der neuen Studiengänge hat hier keine Verbesserung gebracht. Weiter zeigt sich, dass Studierende der neuen Studiengänge ihre Stundenpläne wenig flexibel bis inflexibel zusammenstellen können. In den neuen Studiengängen können die meisten Veranstaltungen nur dann besucht werden, wenn andere Veranstaltungen bereits erfolgreich absolviert wurden. Probleme in diesen Bereichen der Studienorganisation können ohne eigenes Verschulden rasch zur Verlängerung des Studiums führen. Die Studierbarkeit der Studiengänge wird auch durch Teilnahmebeschränkungen gefährdet. 70% aller Befragten erleben Teilnahmebeschränkungen in Lehrveranstaltungen - sie gehören also zum Alltag im Studium.

Mit der Einführung der neuen Bachelor-Studiengänge wurde im Rahmen der Akkreditierungspflicht durchgesetzt, dass SP nur aufgrund überprüfbarer Leistungen erworben werden können. Neben den üblichen Prüfungen (z.B. Hausarbeiten) sind nun auch die Zeiten als "Leistung" nachzuweisen, die innerhalb des Unterrichts oder als Selbststudiumszeit erbracht werden. Dies soll durch Anwesenheitskontrollen und einer Kontrolle der Vor- und Nachbereitungszeit überprüft werden. Für letzteres wurde an der HU das Instrument der "aktiven Teilnahme" eingeführt. Anwesenheitskontrollen erfolgen in erster Linie über Anwesenheitslisten, zum Teil aber auch durch Pflichtarbeiten - nur wer an 80% der Sitzungen teilgenommen

hat erhält SP. Die "aktive Teilnahme" regelt, dass nur diejenigen Prüfungen ablegen dürfen, die "aktiv" an Veranstaltungen teilnehmen. Da es keine verbindlichen Regelungen für dieses Instrument gibt, legen in der Regel die einzelnen Lehrenden fest, was unter "aktiver Teilnahme" zu verstehen ist. So kann es im Extremfall passieren, dass eine Klausur geschrieben werden muss, um an der tatsächlichen, benoteten Klausur teilnehmen zu dürfen. "Aktive Teilnahme" führt durch unzählige und regelmäßig zu erbringende Kleinstarbeiten zu einem hohen Arbeitsaufwand und belastet damit Studierende (sie müssen die Arbeit erbringen) und Lehrende (sie müssen die Arbeiten kontrollieren und bewerten) gleichermaßen. Studierende (nicht nur) mit außeruniversitären Verpflichtungen werden durch Anwesenheitskontrollen schnell vor echte Schwierigkeiten gestellt und durch das Instrument der "aktiven Teilnahme" und die damit zusammenhängenden Arbeiten rasch überfordert. Beide Verfahren schwächen zudem die Selbstverantwortung im Studium und widersprechen dem studentischen Interesse nach selbstbestimmten Lernformen Studierenden wird pauschal ein Desinteresse am Fach unterstellt

Konkurrenz und Zukunftsangst

Die hohe Arbeitslast zusammen mit der Ungewissheit darüber, wer es in einen Master schaffen kann, führt zu starker Konkurrenz untereinander und zu Zukunftsangst. Betrachtet man die Zustandsbeschreibung der Studierenden rund um den Bachelor-Abschluss und um die Zulassung zum Master, zeigt sich ein recht dramatisches Bild. Die meisten Bachelor-Studierenden vertrauen nicht auf die Arbeitsmarktqualifikation ihres Abschluss (80% gaben an, dass sie ihr Abschluss kaum bis gar nicht für den Arbeitsmarkt qualifiziert) und möchten einen Master studieren. Dementsprechend hoch ist die Angst davor, keinen Platz in einem Masterprogramm zu

Fortsetzung auf Seite 8

Geschlechterverhältnisse an der Uni – Vom ganz normalen Wahnsinn....

Auf den erste Blick erscheint es selbstverständlich: Systematische Benachteiligungen sind für die meisten Frauen auf dem Campus kein Thema. Der beruflichen oder akademischen Karriere scheint nichts im Wege zu stehen. Frau ist formal gleichberechtigt. Das heißt: Frauen haben die gleichen Rechte in diesem System, in der Gesellschaft und auch an der Uni. Da scheint es nicht viel zu geben wogegen man sich auflehnen muss. Die Zeiten des aktiven Widerstandes, der großen Kampagnen und Demonstrationen sind endgültig vorbei. Ich will mich mal ganz weit aus dem Fenster lehnen und behaupten, dem ist nicht so! Denn wie würde sich sonst erklären lassen, dass an unsrer Universität lediglich 14% Professorinnen lehren und forschen? Vor allem von dem Hintergrund, dass in Frankfurt auf 19106 Studentinnen gerade mal 13742 Studenten kommen, ihr Anteil also bei knapp 60% liegt. Im bundesweiten Durchschnitt liegt der Frauenanteil an den Hochschulen bei 52 Prozent. Fragen, die sich anhand dieser Zahlen aufdrängen sind: Wie entsteht dieses prozentuale Ungleichgewicht, beim erklimmen der "Karriereleiter" an der Universität? Welche Strukturen sind das Problem und wie

kann mensch dagegen wirken?
Frauen nehmen seit etwas mehr als
100 Jahren am universitären Leben
in Deutschland teil, weshalb man
nicht von einem Problem in der
Übergangsphase sprechen kann.
Auch die allseits beliebte Argumentation, dass Frauen von Natur aus
nicht nach einer Karriere streben
und sich auch nur ungern den daraus
resultierenden Machtkämpfen und
Ränkespielen stellen wollen scheidet
aus, da eine biologische Argumentationslinie, um es
kurz zu halten,

einfach nur von



hang gerne von sogenannten Seilschaften, d.h. Männer in bestimmten Positionen ziehen wiederum Männer in die entsprechenden Nachfolgepositionen. Gezielte Förderungen und das doch sehr hilfreiche Einführen in die entsprechenden Kreise werden allein den potentiellen Kandidaten vorenthalten. In unserem Präsidium sitzen nur Männer, im Senat befindet sich lediglich eine Frau, die Frauenbeauftragte findet kaum Gehör und die Berufungskommissionen bestehen auf professoraler Ebene zu 80%

aus Männern - wenn überhaupt Frauen teilnehmen. Daran wird sich nichts ändern, wenn nicht endlich Strukturen geschaffen werden, die aktiv und effektiv die strukturellen Benachteiligungen von Frauen beseitigen. Eine viel diskutierte und von vielen kritisch beäugte Möglichkeit bieten hier die so genannten harten Quoten, also eine Besetzung sämtlicher Gremien mit ca. 50% Frauen. Kritik, die in diesem speziellen Feld zu hören ist, kommt - interessanter Weise - sowohl von Männern als auch von Frauen. Eine der größten Befürchtungen ist, dass Frauen durch harte Quoten nicht nach ihren Fähigkeiten ausgesucht werden. Da befürchten viele Männer, dass die entsprechende Stelle unzureichend besetzt ist und viele Frauen, dass sie sich damit selbst abwerten. Allein

Steinbergo-Bonnaparty von seiner besten Seite die Tatsache, dass derartige Schlüsse auf beiden Seiten scheinbar automatisch gezogen werden, Frauen in bestimmten Positionen automatisch in Frage gestellt werden, zeigt deutlich wie tief verwurzelt und sozialisiert die Problematik der (Un-)Gleichstellung ist. Sicher ist, dass Männer in bestimmten Führungspositionen den Job nicht immer durch ihre eigentliche Qualifikation haben, sondern durch entsprechende Beziehungen Und die Tatsache, dass der Großteil der Bevölkerung Frauen in bestimmten Positionen von vornherein unterstellt, mehr geleistet haben zu müssen als ein Mann in vergleichbarer Situation, spricht Bände. Was spricht demnach dagegen als Frau bestimmte Vorteile zu nutzen, die de facto keine Bevorzugung sondern lediglich Gleichstellung zur Folge haben würden. Im universitären Betrieb finden sich derartige Seilschaften und automatische Benachteiligungen ebenfalls. Die Rufe an die Universität machen ganz deutlich, dass der Frauenanteil im wissenschaftlichen Betrieb zwar zunimmt, sie aber nach wie vor in der Unterzahl sind. So wurden 2006 lediglich 26 Prozent der Professuren mit Frauen besetzt und im letzten Jahr sogar vier Prozent weniger. Ein weiteres wichtiges Standbein der Frauenförderung ist die Kinderbetreuung. Nach wie vor liegt die Kinderbetreuung in großen Teilen

in der Hand der Frau. Der prozentuale Anteil von Männern an der Elternzeit ist verschwindend gering Damit Frauen ihr Studium beginnen, weiterführen und abschließen können ist eine bedarfsgerechte Kinderbetreuung dringend notwendig, dürfen keine Wartelisten von über 120 Studierenden in der eigenen Uni-Kita (Kita IG-Farben-Campus) entstehen, darf es nicht sein, dass Eltern sich einen Raum in der Universität hart erkämpfen müssen, um sich entsprechend selbst zu organisieren. Die Goethe-Universität ist derzeit eine von der Hertie-Stiftung als "familienfreundliche Universität" zertifizierte ohne Familienfreundlichkeit Um auch hier eine Chancengleichheit herzustellen, muss die Universität für eine bedarfsgerechte und am Bedarf der Eltern orientierte Kinderbetreuung sorgen, müssen Betreuungsangebote vielschichtig, flexibel und ortsbezogen sein. Gerade studierende Eltern sind einer enormen Doppelbelastung ausgesetzt und bedürfen einer entsprechenden struktu-rellen Unterstützung. Hier gilt es das konservative und antiquierte Familienbild unserer Gesellschaft aufzubrechen und an eine moderne und offene Gesellschaft anzupassen. Eine Bilanz nach mehr als 100 Jahren Frauen an den Hochschulen zeigt deutlich, dass sich zwar einiges getan hat aber nach wie vor nicht annähernd in ausreichendem Maße. Frauen waren und sind eine zahlenmäßig überlegene, benachteiligte Minderheit dieser Gesellschaft und wir sollten dafür sorgen, dass das nicht so bleibt.

ae

Fortsetzung von Seite 6

bekommen. Die Befragten konnten in einem Freitextfeld angeben, wie sich die Zulassungsbeschränkungen zum Master auf ihre Studiensituation auswirken. Neben einigen Optimisten, die davon ausgehen, es problemlos in den Master zu schaffen, zeigen die Ausführungen überwiegend, dass die Zulassungsbeschränkungen zum Master für Studierende im Bachelor Angst, Druck und Stress entstehen lassen ...Hohe psychische Belastung, starker Druck, hohe Konkurrenz, Angst keinen qualifizierten Abschluss zu bekommen", "Panikattacken", "Ich habe im Gegensatz zu meinen ersten Studienerfahrungen in Hamburg keine Freude am Studieren, da ständig Druck auf mich ausgeübt wird und meine Kräfte bereits vor dem Berufsleben ausgesaugt werden."

Gefahr der sozialen Auslese

Zwei Drittel der Befragten gehen neben dem Studium einer Erwerbsarbeit nach, 8% haben Kinder oder sind chronisch krank, 4% betreuen Familienangehörige. Diese Studierenden haben es noch schwerer, dem Leistungsdruck den hohen (zeitlichen) Erwartungen, der Anwesenheitspflicht, den inflexiblen Stundenplänen und dem Arbeitsaufwand im Bachelor gerecht zu werden und sind dadurch besonders gefährdet, die Einhaltung der Regelstudienzeit nicht gewährleisten zu können. Es besteht die Gefahr einer sozialen Auslese, so dass z.B. Studierende, die sich nicht komplett auf ihr Studium konzentrieren können, in diesen durchstrukturierten Studiengängen nicht mehr mithalten können. Die neuen Studiengänge wurden an der Lebensrealität der Studierenden vorbeigeplant, da diese nicht berücksichtigt wurde Aber auch eine andere Tendenz wird deutlich: Wenn man es, wie in den neuen Studiengängen, kaum schafft, die Zeit für das Studium aufzubringen, ist abzusehen, dass ein ehrenamtliches Engagement z.B. in der studentischen Selbstverwaltung. aber auch in anderen Bereichen immer schwieriger werden wird.

Werden die hier beschriebenen Nachteile davon aufgewogen, dass die Umstellung auf Bachelor- und Masterstudiengänge zumindest die Betreuung und die Lehre verbessert hat? Die Studie für die HU kann

das nicht bestätigen: Fragen zur Betreuung, zur Lehrqualität und Didaktik der Lehrveranstaltungen wurden im Mittel zwischen befriedigend und ausreichend bewertet und dies von Befragten aus den alten und neuen Studiengängen gleichermaßen. Auch eine bessere Vernetzung mit der Berufspraxis ist nicht erkennbar. Desillusionierend kommt hinzu dass die starren Stundenpläne und die Zulassung an der HU nur noch zu den Wintersemestern dazu geführt hat, dass viele Lehrveranstaltungen nur einmal im Jahr angeboten werden. Ein Auslandssemester - dies sollte durch die Einführung der Bachelor vereinfacht und gefördert werden - kann so direkt studienverzögernd wirken. Die Studie an der HU zeigt also, dass die Studienreform zu scheitern droht.

> Eva Fuchslocher, Initiative Studierbarkeit an der HU Berlin

Mehr Infos zur Studie gibts im Internet unter: www.studierbarkeit.de

IMPRESSUM

- Auflage: 5.000
- Herausgeberin: AStA der Universität Frankfurt am Main, Referate für Poli tische Bildung und Hochschulpolitik
- V.i.S.d.P.: AStA-Vorstand (Anja Engel horn, Jessica Castro Merino)
- Redaktion: Steffen Bennewitz
- AutorInnen: Johanna Völker, Eva
 Fuchslocher, Anja Engelhorn, Steffen
 Bennewitz. Michael Hartmann
- Bilder (alle): David Schommer
- Zeichnungen (alle): Hermann Carabali Abke
- Gestaltung: Alex Wagner, Steffen Bennewitz
- Der Inhalt der Artikel spiegelt nicht zwangsläufig die Meinung des AStA-Vorstandes wider.
- www.asta-frankfurt.de